

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

IT-Zusammenbruch in der niedersächsischen Justiz

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 27.09.2026

Im Januar 2026 kam der elektronische Rechtsverkehr der niedersächsischen Justiz zeitweise zum Erliegen. Wegen starken Schneefalls am 9. Januar arbeiteten rund doppelt so viele Beschäftigte von zu Hause wie sonst. Justizministerin Kathrin Wahlmann (SPD) erklärte: „Dadurch war das System so langsam, dass man kaum noch reinkam“. Anschließend störte ein fehlerhaftes Update die Verteilung interner und externer Nachrichten. In der Spitze stauten sich rund 18 000 digitale Dokumente. Betroffen waren 51 Justizbehörden, darunter zahlreiche Amts- und Landgerichte sowie Staatsanwaltschaften. Besonders genannt wurden Hannover, Celle, Bückeburg, Lüneburg und Verden.¹

Unter den verspäteten Schriftstücken waren nach Medienberichten auch eilige Vorgänge wie Unterbringungs-, Fixierungs- oder Haftanträge. Der Richterbund nannte den Vorgang „nicht akzeptabel“. Aus der Leitung eines großen Gerichts hieß es, es dränge sich der Eindruck auf, „dass die Wahrnehmung der Ministerin nicht mit der Realität korrespondiert und die Dramatik der bestehenden Probleme dort nicht wirklich bekannt ist“.²

Das Ministerium räumte später ein, in bis zu zehn Fällen könne die verspätete Zustellung Auswirkungen auf gerichtliche Entscheidungen haben, weil Schriftsätze nicht berücksichtigt worden seien. Ob ein Verfahrensfehler vorliege, müssten die Gerichte prüfen. Eine Haftbeschwerde sei nicht rechtzeitig eingegangen, habe aber bereinigt werden können. Zudem seien in einigen Fällen eingescannten Dokumente verloren gegangen; die Originale seien noch vorhanden.³

Wahlmann erklärte Ende Januar, die Störung sei behoben und Rückstände bestünden nicht mehr. Die elektronische Akte selbst sei nicht betroffen gewesen, lediglich die Übermittlung digitaler Dokumente. Zugleich verwies sie auf mehr als 18 Millionen Euro zusätzliche Haushaltsmittel und neue Serverkapazitäten.⁴

Die Opposition machte die Ministerin für eine übereilte Digitalisierung verantwortlich. Die Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion der CDU Carina Hermann sagte nach einer Sitzung des Rechtsausschusses: „Sie hat im vergangenen Jahr gegen erhebliche Warnungen und Kritik aus der Richterschaft und von vielen Beschäftigten in der Justiz die E-Akte eingeführt. Nun gilt dies seit Jahresbeginn - und es häufen sich ständig neue Probleme“.⁵ Im Landtag wurde der Vorwurf erhoben,

¹ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/it-panne-und-schnee-frieren-justiz-in-niedersachsen-ein,it-panne-100.html>; <https://www.bild.de/regional/niedersachsen/justiz-gau-in-niedersachsen-wintersturm-legt-justiz-lahm-18-000-dokumente-zu-spaet-6974d1441846e05b54a3f04e>

² <https://www.hildesheimer-allgemeine.de/meldung/es-ist-noch-ein-langer-weg-wie-es-bei-der-justiz-digitalisierung-im-raum-hildesheim-laeuft-und-wie-der-winter-maengel-offenlegt.html>; <https://www.bild.de/regional/niedersachsen/justiz-gau-in-niedersachsen-wintersturm-legt-justiz-lahm-18-000-dokumente-zu-spaet-6974d1441846e05b54a3f04e>

³ <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/it-panne-in-der-justiz-koennte-folgen-fuer-getroffene-urteile-haben,itpanne-102.html>; <https://rundblick-niedersachsen.de/computerchaos-auslandsreisen-personal-cdu-nimmt-justizministerin-wahlmann-ins-visier>

⁴ <https://www.welt.de/regionales/niedersachsen/article6979e6f518848ea619289d10/justizministerin-it-stoerung-im-rechtsverkehr-behoben.html>; <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/it-panne-und-schnee-frieren-justiz-in-niedersachsen-ein,itpanne-100.html>

⁵ <https://rundblick-niedersachsen.de/computerchaos-auslandsreisen-personal-cdu-nimmt-justizministerin-wahlmann-ins-visier>

Richter widersprächen der Ministerin offen und der Rechtsstaat funktioniere „nur bei Sonnenschein“; das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Justiz werde massiv beschädigt.

Der Vorgang blieb kein Einzelfall. Im Juni 2026 fiel die Justiz-IT landesweit erneut aus, nachdem eine Datenleitung beschädigt worden war. Einzelne Verhandlungen mussten aufgehoben werden, weil die elektronische Akte nicht zur Verfügung stand. Betroffen waren u. a.: 129 Gerichte und 14 Staatsanwaltschaften sowie Haftanstalten.⁶

1. Wie viele digitale Dokumente waren im Januar 2026 im elektronischen Rechtsverkehr der niedersächsischen Justiz maximal gestaut, über welchen Zeitraum bestand der Rückstand, und an welchem Tag galt er nach Auffassung der Landesregierung als vollständig abgearbeitet?
2. Welche der 51 betroffenen Justizbehörden waren wie lange nicht oder nur eingeschränkt arbeitsfähig und welche Haft-, Unterbringungs- und Fixierungsanträge gingen dadurch verspätet oder gar nicht ein?
3. In wie vielen Verfahren wurden gerichtliche Entscheidungen getroffen, ohne dass später eingegangene Schriftsätze berücksichtigt werden konnten, und in wie vielen Fällen prüften oder prüfen die Gerichte einen Verfahrensfehler?
4. Trifft es zu, dass eingescannten Dokumente verloren gingen, und wie erklärt die Landesregierung den Widerspruch zwischen der Aussage, es sei „nichts verloren gegangen“, und der späteren Einräumung im Rechtsausschuss?
5. Warum war das DirectAccess-Gateway der Justiz nur auf rund 2 600 gleichzeitige Nutzer ausgelegt, obwohl am 9. Januar 2026 nach Angaben des Ministeriums mehrere Tausend Bedienstete aus dem Homeoffice zugreifen mussten?
6. Welche konkreten Warnungen aus Richterschaft, Personalvertretungen und Gerichtsleitungen lagen dem Justizministerium vor der flächendeckenden Einführung der E-Akte zum 1. Januar 2026 vor - und warum wurden sie nicht zum Anlass genommen, Kapazitäten und Ausfallsicherheit vorher zu erhöhen?
7. Wie vereinbart die Landesregierung die öffentliche Darstellung der Ministerin, die E-Akte selbst sei nicht betroffen gewesen, mit Berichten, wonach Gerichte „praktisch nicht arbeiten“ konnten und die Wahrnehmung der Ministerin „nicht mit der Realität korrespondiert“?
8. Welche Lehren hat die Landesregierung aus dem Januar-Stau gezogen, und warum fiel die Justiz-IT im Juni 2026 dennoch landesweit erneut aus - mit ausgefallenen Verhandlungen an Gerichten und Staatsanwaltschaften?
9. Welche zusätzlichen Server-, Leitungs- und Personalkapazitäten wurden nach dem Januar-Stau tatsächlich in Betrieb genommen, und warum reichten die angekündigten „über 18 Millionen“ Euro Haushaltsmittel nicht aus, einen zweiten Ausfall zu verhindern?
10. Wer trägt dienst- und haushaltsrechtlich die Verantwortung für die Dimensionierung des Justiznetzes, das fehlerhafte Update und die verzögerte Fehleranalyse - das Ministerium, der Zentrale IT-Betrieb oder beide?
11. Wie bewertet die Landesregierung den Vorwurf, der Rechtsstaat funktioniere in Niedersachsen „nur bei Sonnenschein“, und welche konkreten Garantien gibt sie dafür, dass Haftsachen, Unterbringungen und Fristsachen auch bei Homeoffice-Spitzen, Softwarefehlern oder Leitungsschäden fristgerecht bearbeitet werden?

⁶ <https://www.braunschweiger-zeitung.de/niedersachsen/braunschweig/article412239455/it-panne-die-niedersaechsische-justiz-ist-seit-mittwochvormittag-lahmgelegt.html>